Ausschuß für Haushaltskontrolle

Protokoll

39. Sitzung (nicht öffentlich)

1. Februar 1994

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.00 Uhr bis 15.05 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Neuhaus (CDU)

Stenographin: Zinner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

**1 Entlastung des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 1991
gem. § 101 LHO**

Da der Bericht der vom Ausschuß zum Zwecke der Prüfung eingesetzten Kommission zwei Jahre umfaßt hat und im letzten Jahr durch Abgeordnete Reinecke (SPD) erstattet worden ist, kommt der Ausschuß ohne Diskussion einstimmig überein, dem Plenum des Landtags zu empfehlen, folgenden Beschluß zu fassen:

Dem Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen wird für die Rechnung 1991 gemäß § 101 LHO Entlastung erteilt.

Zur Berichterstatteerin wird Abgeordnete Reinecke (SPD) benannt.

**2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Landesrechnungshof
Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
Drucksache 11/6029

in Verbindung damit

**Gesetz zur Neuordnung der nachgeordneten staatlichen Finanz-
kontrolle**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/6167

Da das Protokoll über die zu diesem Themenkomplex
durchgeführte Anhörung noch nicht vorliegt, kommt der
Ausschuß überein, die Beratung in seiner Sitzung am
15. März 1994 aufzunehmen.

- kein Diskussionsprotokoll -

**3 Landeshaushaltsrechnung 1991 und Jahresbericht des Landesrech-
nungshofs über die Ergebnisse der Prüfungen im Geschäftsjahr
1992/93**

Drucksachen 11/5620, 11/5621

Der Ausschuß faßt folgende Beschlüsse:

zu **Abschnitt 15** Prüfung der Personalausgaben bei
vier Studentenwerken des Landes:

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle stellt fest, daß die vom Landesrechnungshof bei den Studentenwerken Aachen, Düsseldorf, Essen und Köln festgestellten 103 fehlerhaft bearbeiteten Zahlfälle inzwischen bis auf wenige Ausnahmen berichtigt worden sind.

Der Ausschuß geht davon aus, daß die von den Studentenwerken zwischenzeitlich veranlaßten Maßnahmen (Durchführung von Schwachstellenanalysen und/oder Schaffung von Plausibilitätskontrollen, Erstellung von Arbeitsanweisungen, organisatorische Veränderungen) in Zukunft Mängel der vom Landesrechnungshof festgestellten Art nicht mehr erwarten lassen.

Der Ausschuß bittet das Ministerium für Wissenschaft und Forschung, die Studentenwerke aufzufordern, sich bei der Zahlbarmachung von Personalausgaben immer in vollem Umfang an die einschlägigen Vorschriften zu halten.

(einstimmig bei Abwesenheit des Vertreters der GRÜNEN)

zu Abschnitt 17 Abrechnung von poliklinischen Behandlungen in den Medizinischen Einrichtungen der Hochschulen (ME):

1

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle stellt fest, daß die Aufforderung des Ausschusses vom 30. Januar 1990 bis heute nicht vollständig umgesetzt ist.

Der Ausschuß begrüßt die Initiativen der ME Aachen und der ME Münster gegenüber den Kassenärztlichen Vereinigungen, die Einzelleistungsabrechnungen durchzusetzen.

Der Ausschuß fordert erneut das Ministerium für Wissenschaft und Forschung auf, die Bemühungen zur Einführung der Einzelleistungserfassung und -abrechnung in den Polikliniken zu intensivieren.

Der Ausschuß hält dies im Interesse einer wirtschaftlichen Betriebsführung für dringend erforderlich.

Der Ausschuß kritisiert, daß über lange Zeit die Mehrzahl der für die Bearbeitung der Einzelleistungserfassung bereitgestellten Stellen für andere Aufgaben eingesetzt worden ist. Er begrüßt, daß die Fehlbesetzungen inzwischen korrigiert worden sind.

Der Ausschuß fordert das Ministerium für Wissenschaft und Forschung auf, eine Klärung der Rechtmäßigkeit des zur Zeit von den Kassenärztlichen Vereinigungen praktizierten Abrechnungsverfahrens herbeizuführen.

Über den jeweiligen Stand der Ergebnisse der Klageverfahren und der Fortschritte bei der Einführung des Systems MobiDiK ist der Ausschuß zu gegebener Zeit zu informieren.

(einstimmig bei Abwesenheit des Vertreters der GRÜNEN)

zu Abschnitt 18 Organisation und Wirtschaftlichkeit der Materialwirtschaft bei den Medizinischen Einrichtungen der Hochschulen (ME):

5

1. Der Ausschuß für Haushaltskontrolle stellt fest, daß die Monita des Landesrechnungshofs zur Organisation und Wirtschaftlichkeit der Materialwirtschaft bei den Medizinischen Einrichtungen der Hochschulen durch entsprechende Maßnahmen der Landesregierung weitestgehend als ausgeräumt angesehen werden können. Hierzu werden insbesondere die in der "Rahmendienst-anweisung" enthaltenen Vorgaben für die Organisation und Wirtschaftlichkeit der Materialwirtschaft bei den Medizinischen Einrichtungen beitragen.

Der Ausschuß fordert die Landesregierung auf, dafür zu sorgen, daß die Medizinischen Einrichtungen baldmöglichst die "Rahmendienst-anweisung" durch die Erstellung und Inkraftsetzung von Dienst-anweisungen für ihren Zuständigkeitsbereich umsetzen.

2. Der Ausschuß hält es für geboten, die für die Verwaltungsbereiche der Medizinischen Einrichtungen des Landes einzuführenden ADV-Systeme zu koordinieren.

Er fordert deshalb die Landesregierung auf, in Ausübung ihrer Koordinierungsfunktion die Arbeiten zur Einführung eines einheitlichen ADV-Systems baldmöglichst abzuschließen.

Er bittet den Landesrechnungshof, zu gegebener Zeit eine erneute Prüfung der Medizinischen Einrichtungen durchzuführen und dem Ausschuß über die Umsetzung der geforderten Maßnahmen Bericht zu erstatten.

(einstimmig bei Abwesenheit des Vertreters
der GRÜNEN)

zu **Abschnitt 22** Bearbeitungsmängel bei der Vergabe von Druckaufträgen:

6

Der Beschlußvorschlag der Fraktion der CDU wird mit den Stimmen der SPD und des Vertreters der F.D.P. gegen die Stimmen der CDU bei Abwesenheit des Vertreters der GRÜNEN abgelehnt.

Mit den Stimmen der SPD und des Vertreters der F.D.P. gegen die Stimmen der CDU bei Abwesenheit des Vertreters der GRÜNEN wird dem Beschlußvorschlag der Fraktion der SPD zugestimmt:

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle nimmt zur Kenntnis, daß es den Anstaltsdruckereien der Justizvollzugsanstalten aufgrund bereits fest eingeplanter Aufträge und mangels der für die Ausführung des Auftrags erforderlichen Spezialsoftware nicht möglich war, den Auftrag des RKW für den Druck der Veranstaltungsübersicht "Wegweiser zu Auslandsmärkten" unter den vom RKW vorgegebenen terminlichen Vorgaben durchzuführen.

Der Ausschuß sieht in der Ausführung von Druckaufträgen der Landesministerien durch die Druckereien der Justizvollzugs-

anstalten eine Möglichkeit zur kostengünstigeren Drucklegung unterschiedlichster Druckschriften der Landesregierung. Er unterstützt deshalb ausdrücklich die Bemühungen des Justizministeriums, auf der Grundlage des Runderlasses vom 12. November 1976 i.d.F. vom 16. Juli 1992 die Landesbehörden, die der Landesaufsicht unterliegenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie die Gemeinden und Gemeindeverbände zu veranlassen, Druckaufträge an die Justizvollzugsanstalten zu vergeben.

Die Landesbehörden fordert der Ausschuß auf, bei der Festlegung ihrer terminlichen und weiteren Vorgaben für die Ausführung von Druckaufträgen auf die Möglichkeiten der Druckereien in den Justizvollzugsanstalten Rücksicht zu nehmen.

zu Abschnitt 25 Erhebung und Verwendung der Fehlbelegungsabgabe:

8

Der Beschlußvorschlag der Fraktion der CDU wird mit den Stimmen der SPD und des Vertreters der F.D.P. gegen die Stimmen der CDU bei Abwesenheit des Vertreters der GRÜNEN abgelehnt.

Mit den Stimmen der SPD und des Vertreters der F.D.P. gegen die Stimmen der CDU bei Abwesenheit des Vertreters der GRÜNEN wird dem Beschlußvorschlag der Fraktion der SPD zugestimmt:

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle begrüßt die Untersuchungen des Landesrechnungshofs zur Fehlbelegungsabgabe.

Der Ausschuß stellt mit Befriedigung fest, daß das Ministerium für Bauen und Wohnen durch den Entwurf der geänderten AFWoG-Kassenvorschriften Maßnahmen zur Behebung der durch den Landesrechnungshof festgestellten Mängel getroffen hat.

Dem Hinweis des Landesrechnungshofs auf Seite 132 des Jahresberichts, am Jahresende 1992 seien mehr als 40 %

des Aufkommens aus der Fehlbelegungsabgabe dem gesetzlichen Bestimmungszweck, d. h. dem sozialen Wohnungsbau, noch nicht zugeführt worden, entnimmt der Ausschuß nach Klarstellung durch den Landesrechnungshof weder einen Vorwurf gegenüber dem Ministerium noch eine Kritik an dem gegenwärtigen Bewilligungsverfahren. Es gilt festzustellen, daß die Mittel der Wohnungsbauförderung nach dem Baufortschritt ausbezahlt werden. Die als Überhang ausgewiesenen Mittel sind für konkrete Bauvorhaben vorgesehen, die Auszahlung erfolgt erst später.

Es wird erwartet, daß das Ministerium mit der in Rede stehenden Stadt möglichst bald über einen angemessenen Ausgleich der Folgen der verspäteten Fba-Abführungen in Verhandlungen tritt.

Der Ausschuß nimmt positiv zur Kenntnis, daß das Ministerium darum bemüht ist, das Kontrollsystem weiter zu verbessern.

Nächste Sitzung: 1. März 1994

* * *

Aus der Diskussion**3 Landeshaushaltsrechnung 1991 und Jahresbericht des Landesrechnungshofs über die Ergebnisse der Prüfungen im Geschäftsjahr 1992/93**

Drucksachen 11/5620, 11/5621

Vorsitzender Neuhaus nennt die für die zu behandelnden Prüfungsabschnitte zuständigen Gebietsleiter und teilt mit, daß zu allen Abschnitten die aktualisierte Sachstandsdarstellung des Landesrechnungshofs fristgerecht eingegangen sei. Er verweist ferner auf die Beschlußvorschläge der SPD- und der CDU-Fraktion.

Abschnitt 15: Prüfung der Personalausgaben bei vier Studentenwerken des Landes

Abgeordneter Kessel (SPD) legt dar, bei diesem Prüfungsvorgang sei ein Nettogewinn von 1 600 DM für die Landeskasse erzielt worden; den erforderlichen Aufwand vermöge er nicht zu beziffern. Im übrigen betrachte er die Angelegenheit auch durch die Feststellung des Landesrechnungshofs, daß die notwendigen Vorkehrungen bei den Studentenwerken getroffen worden seien, um Fehler bei den Zahlfällen künftig auszuschließen, als weitestgehend erledigt.

Abgeordneter Britz (CDU) schließt sich dem an.

Abschnitt 17: Abrechnung von poliklinischen Behandlungen in den Medizinischen Einrichtungen der Hochschulen (ME)

Abgeordneter Kessel (SPD) trägt vor, zentraler Punkt dieser Prüfungsbemerkung sei die Einzelleistungsabrechnung in den Medizinischen Einrichtungen des Landes, die insbesondere unter dem Gesichtspunkt der kostenadäquaten Durchsetzung von Forderungen der Medizinischen Einrichtungen gegenüber den Krankenkassen die bisherige pauschale Abrechnung ablösen solle. Dies sei aber auf den Widerstand der Kassen-